

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnement: Für den Monat 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (einschl. Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21 / Geschäftsstelle und Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postfach Dresden Nr. 13 555, Emil Schlegel-Str. 17 259 / Druckerei: „Arbeiterstimme“, Dresden / Erscheinungstermin: Donnerstags nachmittags 5-6 Uhr (außer Sonnabende)

2. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 13. Februar 1926 Nummer 37

Der Volksentscheid in Gefahr!

Verhandlungen rechter SPD.-Führer über den bürgerlichen Kompromißantrag

Das „Berliner Tageblatt“ meldet in seiner gestrigen Abendausgabe:
„Heute nachmittag um 3 Uhr finden im Reichstag Verhandlungen zwischen den Vertretern der Mittelparteien, die der Regierung nahesteht, und den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt, um vorläufig einmal unverbindlich die Möglichkeiten zu erörtern, durch welche eine Lösung der Abfindungsfrage herbeigeführt werden kann. Die Verhandlungen werden natürlich heute mit einem Erfolg darstellbar; man wird dann sehen, ob eine Basis zu weiterer Verhandlung mit einem positiven Ergebnis gefunden werden kann.“

Die Verhandlungen haben, wie der „Dresdner Anzeiger“ heute morgen berichtet, keinen anderen Sinn, als den Sozialdemokraten durch Verhandlungen mit den bürgerlichen Mittelparteien den Kompromißantrag annehmbar zu machen.

Zu der Meldung des „Berliner Tageblattes“ von gestern Abend, daß Verhandlungen der Sozialdemokraten mit den Mittelparteien über eine Einigung in der Frage des Kompromißantrages stattgefunden haben, schreibt heute früh der „Vorwärts“:

„Die Sozialdemokraten über eine Materie der Gesetzgebung auch außerhalb der offiziellen Sitzungen mit Vertretern anderer Parteien reden, ist ein allfälliger und selbstverständlicher Vorgang. Zu einer Mitteilung über die Verhandlungen hat das Reichstagsbüro von seiner Seite ermächtigt. Wichtig ist, daß die Genossen, die mit der Bearbeitung dieser Materie beauftragt sind, in der Fraktion berichten und die Fraktion wird dann beschließen. Auch das ist nur selbstverständlich. Wichtig bleibt also nur, daß Sozialdemokraten mit anderen Abgeordneten unverbindlich gesprochen haben. Das aber hätte man, wenn man es überhaupt für mitteilenswert hält, weniger umständlich kundgeben können.“

Das „Berliner Tageblatt“ weiß dazu ergänzend zu berichten, daß über die Möglichkeit einer Regelung auf der Basis einer Zweidrittelmehrheit verhandelt wurde. Weitere Verhandlungen sollen zu Anfang der nächsten Woche stattfinden.

Die Meldung des „Berliner Tageblattes“ bestätigt, was die SPD.-Führer bereits vor einigen Tagen durch den sozialdemokratischen Pressedienst ankündigten. Nicht

nur, daß die Sozialdemokraten beabsichtigen, zu dem bürgerlichen Kompromißantrag über die Abfindung der Fürsten Verbesserungsanträge zu stellen und für ihn zu stimmen, sondern die rechten Führer der SPD. sind auch bereit — das beweisen die Ausführungen von Döbergs im Rechtsausschuß des Landtages — den Volksentscheid vorzugeben, wenn die bürgerlichen Mittelparteien den Sozialdemokraten den Kompromißantrag annehmbar machen. Noch vor wenigen Tagen erklärten sich die linken Sozialdemokraten gegen die Absichten ihrer rechten Führer. Jetzt wird jedoch schon am 11. Februar in der Reichstagskorrespondenz: „Gleichwohl, ob dieser für Republikaner einfach unmögliche Kompromißvorschlag noch „verbessert“ werden könnte oder nicht; zu der von dem sozialdemokratischen Pressedienst angebotenen Haltung der Reichstagsfraktion darf es unter keinen Umständen kommen. Kommt es doch dazu, dann würde der Volksentscheidsbewegung, die doch mit der Einleitung des Volksentscheides beginnt, ein vernichtender Schlag verhängt werden. In den Arbeitermassen würde der Eindruck der Heuchelei entstehen, wenn die Sozialdemokratie in dem Reich eine großartige Aktion für die entschuldigungslose Entschädigung leitet, während zu gleicher Zeit ihre Vertreter im Parlament Anträge ihrer Zustimmung geben, die das jähroffe Gegenteil — eine Abfindung der Fürsten! — wollen. Um diesen neuerlichen Rückschlag zu verhindern, um einen Abbruch des Vertrauens von der SPD. zu vermeiden, fordern wir, daß die Fraktion sich im Reichstag nach der Aktion der Partei im Reich einstellt. Keine Zustimmung zu den bürgerlichen Kompromißanträgen! Kampf für die entschuldigungslose Entschädigung mit allen Mitteln!“

Mit diesen Ausführungen bekräftigt der linke Sozialdemokrat Biedel die Sabotageabsichten der rechten Führer. Es gibt keinen Zweifel mehr. Durch die neuerlichen Verhandlungen der sozialdemokratischen Führer mit den bürgerlichen Parteien ist der Beweis erbracht, daß wir nicht ohne Grund die breiten Schichten der Arbeiter gegen das verräterische Spiel und die Sabotageabsichten der rechten Führer alarmierten. Gegen dieses Treiben sozialdemokratischer Fürstennetze gibt es nur eine Garantie:

Überall in allen Betrieben und allen Orten müssen sich die sozialdemokratischen Arbeiter mit den Kommunisten zusammenschließen in Arbeitskomitees, alle Fragen gemeinsam besprechen, alle Kräfte zusammenfassen, um dem Volksentscheid allen Saboteuren zum Trotz zum Siege zu verhelfen.

Die SPD. und Volksentscheidsbewegung

Von Th. Kenbauer (Berlin).

Parteilassung und Parteibureaucratie der deutschen Sozialdemokratie sind in einer höchst unangenehmen Lage: Sie müssen der Revolutionierung der Massen ganz gegen ihren Willen dienen.

Sechs Wochen lang hatten sie den kommunistischen Antrag auf entschuldigungslose Entschädigung der Fürsten mit allen Mitteln und Methoden bekämpft als „agitatorisches Geschrei“, als „praktisch unbrauchbar“, als „schändliche Demagogie“ usw. Sechs Wochen lang hatten sie sich auf den demokratischen Antrag, der die Fürsten in „gerechter Weise abfinden“ will und der in Wirklichkeit nichts anderes ist als ein früherer sozialdemokratischer Antrag, festgelegt. Da brach das „Angebot“ über sie herein: Der Wille der von den Kommunisten aufgerufenen Massen, der Druck der sozialdemokratischen Mitgliedschaft zwang die Parteileitung und die Parteibureaucratie zu einer vollständigen Ueberwindung ihrer Haltung, zwang sie, vom demokratischen Abfindungsantrag abzurufen und sich dem kommunistischen Entschuldigungsantrag und der Bewegung für Volksentscheid anzuschließen.

Um sich die Bedeutung dieser Schwendung klar zu machen, muß man bedenken, daß die Sozialdemokratie in Sachsen eine Koalition mit Demokraten und Volkspartei, in Preußen eine Koalition mit Demokraten und Zentrum bildet, und daß sie im Reich die „linke“ Unterfraktion der Luther-Regierung geworden ist. Aber in der Volksentscheidsbewegung mußte sie sich an die Seite der Kommunisten stellen; ja, sie mußte sogar die Führung der Kommunisten vor aller Öffentlichkeit anerkennen.

Damit hat sich die Sozialdemokratie in Widerspruch verwickelt, aus dem sie natürlich sobald wie möglich herauskommen möchte. Es wird wohl keinen Versuch geben, der an das Wunder glauben würde, daß sich die Gegenrevolutionäre Wels, Müller, Hilferding, Scheidemann über Nacht zu richtigen Revolutionären entwickelt hätten. Sie haben sich auch diesmal nur, wie es bei einer anderen Gelegenheit Wels offenherzig aus sprach, an die Spitze der Bewegung gestellt, um ihr zu gelegener Zeit die Spitze abzubrechen zu können. Bis dahin trübten sie sich mit dem Gedanken, daß ihnen der große Feldzug gegen die monarchistische Bewegung, der die breitesten Massen ergriffen hat, dazu nützen kann, die ipso facto Koalitionspartnerin, die Sozialdemokratische Volkspartei, müde genug zu machen, um den Sozialdemokraten bessere Bedingungen für eine Beteiligung an der großen Koalition zu bieten. Sie rechnen schon heute ganz politisch damit, daß die Massen — dank dem Terror, der auf dem Lande von den Agrariern ausgeübt werden wird — die zu einem hegreichen Volksentscheid benötigten 20 Millionen Stimmen nicht aufbringen werden und wollen inzwischen ihr zweites Ellen, die Koalition, im Feuer der Massenbewegung schmieden. Das sind die sehr durchsichtigen politischen Spekulationen der sozialdemokratischen Führerschaft.

Die Parteilassung und Bureaucratie der SPD. betreffen die gegenwärtige Situation, wo sie sich neben die verhassten Kommunisten stellen mußte, sowohl im Hinblick auf ihre Vergangenheit als auch im Hinblick auf die nahe Zukunft als etwas durchaus Unnatürliches. Ist es nicht auch ein Kuriosum, daß sie heute das tun sollen — die Fürsten enteignen —, was sie 1918 im Volkseifer der politischen Macht nicht getan haben!

Als 1918 der Arbeiter- und Soldatenrat in Lippe-Deimold den abgewählten Fürsten enteignen wollte, schrieb ihm im Auftrag der sozialdemokratischen Reichsregierung der Volksbeauftragte Ebert am 5. Dezember 1918:

„Die Frage, ob die in Lippe-Deimold gelegenen Besitzungen des ehemaligen Fürsten von Schaumburg-Lippe Privateigentum seiner Familie sind... ist eine Rechtsfrage, deren Entscheidung den zuständigen (den alten, reaktionären, monarchistischen) Gerichten vorbehalten sein muß.“

Wenige Tage später schrieb die Reichsregierung dem demselben Arbeiter- und Soldatenrat:

„Der Volks- und Soldatenrat ist darauf hingewiesen, daß Eingriffe in das Privateigentum (des Fürsten) nicht zulässig sind.“

Als der Volkstai des thüringischen Kleinstaates Reuß die Enteignung des ehemaligen Fürsten ohne Entschädigung durchzuführen wollte, schrieb am 28. Juli 1919 im Auftrag der zur Mehrheit aus Sozialdemokraten bestehenden Reichsregierung der Sozialdemokrat Dr. David, damals Reichsinnenminister, folgendes:

„Die Reichsregierung ist nicht in der Lage, diesem Antrag Folge zu geben, da sie der Nationalversammlung kein Gesetz vorschlagen kann, dessen Inhalt in den Grundgesetzen der künftigen Verfassung des Deutschen Reiches nicht im Einklang steht.“

Diesen Standpunkt brachte die sozialdemokratische Reichsregierung auch gegenüber der zur Mehrheit aus unabhängigen Sozialdemokraten bestehenden Gothaer Landesversammlung zur Geltung. Diese hatte ein Gesetz beschlossen, wonach der Herzog, ein englischer Prinz, ohne Entschädigung enteignet wurde. Die Reichsregierung des sozialdemokratischen Kanzlers Bauer

Wahnahme Deutschlands im Völkerbund

Genf, 12. Februar. Der Völkerbundrat beschloß in seiner heutigen außerordentlichen Sitzung die Einberufung einer außerordentlichen Vollversammlung auf den 8. März zur Beratung u. a. der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und des Artikels 4 des Völkerbundespatentes, betreffend die Zusammenziehung des Völkerbundesrates.

In dieser außerordentlichen Sitzung des Völkerbundrates, die sich mit Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund befaßte, lag die Fronten der imperialistischen Gegensätze nach wie vor wieder aufgerollt. Die englischen Imperialisten wollten unter allen Umständen verhindern, daß eine Stärkung Frankreichs und seiner Vasallenstaaten im Völkerbund durch die Zustimmung von Mandaten an Polen, Spanien, Brasilien und Litauen erfolgt. Der Völkerbund soll weiterhin ein Instrument des englischen Imperialismus bleiben. Ein deutscher Antrag, der als eine Verstärkung der englischen Position gegen die Wahrscheinlichkeit wird es bei den scharf zugespitzten Gegensätzen zu einem Kompromißvorschlag kommen, daß als Gegenleistung zugunsten Frankreichs wenigstens die Kandidatur Polen anerkannt wird. — Die gesamte französische und englische Presse, sowohl die deutsche völkerbundsfreundliche Presse muß zugeben, daß mit der heutigen Völkerbundsratsitzung eine neue Seite im Völkerbund offen sich zu zeigen beginnt.

Im Zeichen der „Befriedigung“

Der „Daily Telegraph“ bringt, offensichtlich von Seiten der englischen Regierung inspiriert, sehr scharfe Ausführungen gegen die Verhandlungen der französischen Imperialisten, für Spanien, Portugal und Brasilien ständige Sitze im Völkerbundsrat zu verlangen. Frankreich will mit diesen Bemühungen einen Gegenstand gegen die Verstärkung der englischen Machtstellung durch die Zustimmung eines ständigen Sitzes an Deutschland, das eine Vasallenpolitik für den englischen Imperialismus macht. „Daily Telegraph“ erklärt, daß England durch ständige

gen in einer unerträglichen und hoffnungslosen Minderheit“ sich befinden würde. Das Wort spricht von einer ersten Krise im Völkerbund.

So bedeutet also Deutschlands Eintritt in den Völkerbund neue imperialistische Beschäftigungen, verstärkten Kampf um die Vormachtstellung der beiden Gruppierungen im „Völkerbund“. Der „Geist von Locarno“ ist der Geist der unverföhnlichen Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten.

Faschistisches Waffenlager aufgedeckt

Greifswalde, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem der Universitäts-Greifswalde gehörenden Gute Neuenkirchen wurde ein Lager von Gewehren und Karabinern entdeckt, das dem Sutopächter gehört, der Mitglied der Partei der Deutschnationalen, des Stahlhelms und des Landbundes ist.

129 Selbstmorde bei der Reichswehr

Wie die „Kölnische Zeitung“ heute morgen berichtet, wurde gestern im Hauptquartier des Reichstages berichtet, daß die Zahl der Selbstmorde ungeheuer hoch ist. Im Jahre 1925 seien 113 Reichswehrgenossen eines natürlichen Todes gestorben und 283 infolge von Selbstmorden und Unglücksfällen. Darunter befinden sich, wie festgestellt wurde, 129 Selbstmorde.

Natürlich bestreitet das Reichswehrministerium und verschweigt auch die bürgerliche Presse, daß unerhörte Schikanen, harte Strafen, systematische Abschpehlung von der Außenwelt, eintönige nationalistische Erziehung und Beeinflussung vielen eintönigen nationalistischen Leben verleiht, um so mehr, als sie sich für 12 Jahre freiwillig selbst ausgeliefert haben und nicht mehr juristisch können. Das Reichswehrministerium gibt auf die mehr juristisch können. Das Reichswehrministerium gibt auf die Fragen nach den Ursachen der Selbstmorde und Selbstmordtendenzen immer nur geäußerte Antworten.

effimere" Nr. 24
NUTZEN
Humors!
Lloyd
AROLD LLOYD
Lustige Filme
Nur 4 Tage
mer Platz
AROLD LLOYD
Bautzen
Achtung!
Kocher
Nachf.
Bel

Sonnabend, den 13. Februar 1926

zur Mehrheit aus Sozialdemokraten bestehend, führte eine Reichsverfassung nach Gotha, legte die unabhängige Regierung ab und jagte die Landesversammlung auseinander.

In allen übrigen Staaten beschritten die sozialdemokratischen Revolutionärregierungen den Weg der friedlichen Auseinandersetzung mit dem abgedankten „Landesvater“.

In Preußen erließen die Volksbeauftragten Dietrich, Ströbel, Braun, Ernst, Koenig, Adolf Hoffmann vier Tage nach dem 9. November 1918 eine Verordnung, die die „Auseinandersetzung“ auf das tote Geleite des juristischen Rechts leitete. Der preussische Justizminister, der Sozialdemokrat Wolfgang Heine, sprach am 22. Januar 1919:

„Nach den von der preussischen Regierung verkündeten Grundgesetzen, wonach Eingriffe in das Privateigentum nicht erfolgen sollen, hat das Gutachten hinsichtlich der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung davon ausgegangen, daß bei dieser Auseinandersetzung dem Königshaus und seinen Mitgliedern ihr Privateigentum zu verbleiben hat.“

Die Sozialdemokraten Südekum und Lüdemann, als preussische Minister, legten dem Landtage einen Vergleich vor, der dem ausgerichteten Wilhelm II. Werte von mehr als 500 Millionen Mark zuspochen wollte und der damals selbst von der sozialdemokratischen Landtagsmehrheit als unannehmbar abgelehnt wurde.

In Braunschweig schlug die rein sozialdemokratische Regierung Jasper dem Landtag einen Vergleich mit dem ehemaligen Herzogshaus vor, der von der sozialdemokratischen Landtagsmehrheit abgelehnt, aber nach erfolgter Neuwahl von der bürgerlichen Rechtsregierung wieder angenommen und von der bürgerlichen Mehrheit des Landtages zum Gesetz erhoben wurde!

Diese sozialdemokratischen „Realpolitiker“ waren damals auf ihre Erfolge in den Auseinandersetzungsfragen ungeheuer stolz. Aber eines Tages kamen die Fürsten mit ihren Ansprüchen auf Aufwertung, auf Nichtigkeitsverkündung der Verträge usw. usw. So in Schwazburg, wo die juristischen Erben ein Gerichtsurteil erlangten, wonach ihnen sämtliche Staatsdomänen und Rechte gehörten, das heißt ein Viertel des ganzen Territoriums! Oder in Sachsen-Weimar, wo die Großherzogin-Witwe eine Aufwertung ihrer Jahresrente auf 1400 Prozent erlangte, während die kleinen Spärer nach dem Aufwertungsgelei 12,5 bzw. 16 Prozent erhalten. Da kamen die Prinzen und Prinzessinnen, da kamen die Fürsten und Mätressen mit ihren Forderungen und bewiesen den sozialdemokratischen „Staatsmännern“, wie weit es mit ihrer „Realpolitik“ her ist.

Kommen ist die Höhe der juristischen Ansprüche festgestellt. Zwar ist die Zusammenstellung noch sehr lückenhaft und bei weitem nicht endgültig, aber trotzdem ergeben sich folgende Tatsachen: Von den abgelehnten deutschen Fürsten wird das Eigentumsrecht an 300 000 Hektar landwirtschaftlichen Grundbesitzes im Werte von 1000 Millionen Mark verlangt; dazu kommen mehr als 100 Fidejussorien im Werte von etwa 500 Millionen, zahlbare Grundstücke — 200 Millionen, Jahresrenten und Abfindungssummen — 100 Millionen, Kunstschätze, Gold- und Silber — 500 Millionen, Kapitalsvermögen — mindestens 300 Millionen. Insgesamt 2600 Millionen Mark! Mehr als der dreifache Betrag der Dawes-Anleihe! Das alles hätten die sozialdemokratischen Führer den taubstummsten Fürsten überlassen, wenn nicht die Kommunisten durch ihren Entzignungsantrag die Massen in Bewegung gesetzt hätten!

Jetzt benutzen die bürgerlichen Parteien die Meinungsäußerungen der Sozialdemokraten aus früherer Zeit gegen die SPD, selbst und hatten ihr die Worte des sozialdemokratischen früheren Justizministers Wolfgang Heine vor die Nase, der als beachteter Rechtsanwalt des abgeleiteten Großherzogs von Mecklenburg die Interessen dieses „Landesvaters“ gegenüber dem Staat mit folgenden Worten verteidigte:

„Die Revolution muß den großzügigen Charakter einer Umwälzung des Staates und der Gesellschaft beibehalten; sie darf nicht herabgleiten auf das Niveau persönlicher Kränkungen und persönlicher Verfehlungen. Der Sprung vom Thron in das Leben eines Privatmannes ist sehr tief und sehr schmerzhaft, aber er ist unermesslich. Man darf diese schmerzhaftige Verwandlung aber nicht dadurch vergiften, daß man die Entthronen in eine Vermögenslage bringt, die ihnen und zahlreichen ihrer früheren Untertanen als eine Entwürdigung erscheint.“

Solche inehrteilige Worte darf die deutsche Arbeiterklasse auch über den heutigen radikalen Reden der sozialdemokratischen Führerschaft nicht vergessen, wenn sie sich gegen eine neue bittere Enttäuschung schützen will. Denn nicht nur das Fortleben dieser Vergangenheit ist es, was die Parteibureaucratie der SPD...

innerlich bestimmt, sondern auch die politische Perspektive für die Zukunft.

Die Lösung: Keinen Pfennig den Fürsten (auch deshalb so schnell und so hart das Echo bei den Massen der Bevölkerung, weil die deutsche Wirtschaftskrise einen Grad der Verschärfung erreicht hat, wo die dumpe Passivität der Masse sich wieder in erhellende Empörung verandelt. Drei Millionen Arbeitslose und Hunderttausende von Arbeitslosen, dazu erbärmliche Löhne, Hungergeheul, fürchterliche Freiheitskämpfe und entsetzliche Steuerbrud — das macht die proletarischen Massen rebellisch. Aber auch das Kleinbürgertum in den Städten und auf dem Lande leidet schwer unter der gegenwärtigen Krise. Auf dem Lande werden die kleinen Bauern, als sie von den ungeheuerlichen Ansprüchen der Fürsten hören...

Immer deutlicher beginnt die Sabotageverleumdung der Bourgeoisie gegen den Volkswillen; immer offener muß die besitzende Klasse die Farbe bekennen; jeder ihrer Akte aber kann zu ihrer Desillusionierung der „demokratischen“ Systeme nicht zu führen von den „Bourgeois“ des „demokratischen“ Systems haben. Heute noch kann die Bourgeoisie juristische Beamten gegen den Volkswillen vorkühen. Aber je weiter die Arbeiterbewegung um sich greift, um so verächtlicher tritt der wirtschaftliche Charakter dieses Kampfes auch auf Seiten der Bourgeoisie als der Charakter eines Rechtskampfes. Werden aber die Massen diesen Rechtskampf erst aufgenommen haben, dann bleibt das Schlachtfeld natürlich nicht auf die Einseitigkeit der juristischen Schwärzer beschränkt, sondern erweitert sich entsprechend der Stärke der Arbeiterbewegung. Das aber ist die Perspektive, vor der der Sozialdemokratie graut!

Eine schallende Ohrfeige für sozialdemokratische Abgeordnete

Der Haushaltsausschuss des Reichstages hat bekanntlich am Mittwoch den 10. Februar mit 12 gegen 10 Stimmen die Mittel für den „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik“ gestrichelt. Unter den 10 Stimmgäbern, die für Abschichtung dieses rechtlosen Klaffenrichters stimmten, waren, was der Bericht des „Vorwärts“ vom 11. Februar allerdings nachlässig, auch sozialdemokratische Abgeordnete. Der „Vorwärts“ berichtet, daß alle Sozialdemokraten gegen den Staatsgerichtshof ausstraten. Das ist aus folgenden Heberbüchlein zu der gleichen Meldung ersichtlich:

Die „Leipziger Volkszeitung“ überschreibt verächtlich: „Schlug mit dem Staatsgerichtshof“

Die „Dresdener Volkszeitung“ fordert nachträglich noch einmal: „Kort mit dem Staatsgerichtshof!“

Sradegu heftigste ist das Thüringer SPD-Organ, „Das Volk“, das als Heberbüchlein zum eigenen Bericht schreibt: „Eine schallende Ohrfeige für die Klassenjustiz.“

Inwieweit, aber auch eine schallende Ohrfeige für die sozialdemokratischen Abgeordneten, die für die Teilhabung der Klassenjustiz stimmten.

Sieine Sorge!



„Womit soll ich denn meine tauend sieben Beinen bezahlen, wenn mir der undankbare Pöbel meine Reine streicht?“

Ich schreibe einen Film für Amerika

Von Marie Schild

Ich machte mich folgendermaßen daran, einen Film zu schreiben, indem ich mir sämtliche Monumental-, Gesellschafts-, Grotesk- und Burlesk-Filmstücke ansah.

Mit dem Publikum stimmte ich darin überein, daß die Stücke bildhaftig sind.

Ich schrieb also ein Kinostück und ging damit zum amerikanischen Filmagenten.

Er empfing mich freundlich, inmitten seiner Koffer.

Wir setzten uns, und er las meinen Film.

„Ein großartiges Stück“, sagte der Agent, „aber das amerikanische Publikum braucht etwas nicht.“

„Entschuldigen Sie, mein Herr, ich habe hier in Europa solche bildhaftigen amerikanischen Filme gesehen, daß mein Stück im Vergleich zu diesen ein wundervolles Kunstwerk ist.“

„Bardon“, sagte der Agent, „die bildhaftigen Filmstücke macht Amerika eigens für Europa. Amerika stellt sich Europa so vor.“

„Also dann erzählen Sie mir, was für einen Film das großartige Amerika haben will.“

Der Agent übergab mir eine Tabelle, aus welcher ich ersehen konnte, was für soziale Handlungen in einem amerikanischen Kinostück nicht, oder unter Umständen vorkommen dürfen.

Tabelle

(Nicht): Mord und Einbruch, wenn ihn Reiche verüben. Selbstmord, welcher infolge Armut verübt wird. Langer Kuß, zu langer Kuß, Ehebruch, wenn ihn arme begehren (ja). Geldfälschung, wenn sie durch Reiche begangen wird, Trunkrad, Defraudation, außereheliche Geburt, Trunkrad, bei Reichen (nicht), Streik, wenn ihn die Polizei gewinnt. Revolution darf vorkommen. Die Schweine, diese Proletarier, die sie machen, zeigen sie am besten beim Verzehren des Sing-Sing. Ueberhaupt: In einem amerikanischen Film darf nichts vorkommen... „Aber“, unterbrach ich, „was darf eigentlich in einem amerikanischen Film vorkommen, wenn ich ein moralischer Schriftsteller werden soll? Ich habe die Tabelle zu Ende studiert.“

„Wissen Sie, es soll so künstlerisch sein, ein bißchen kitschig, aber er soll tief klingen. Er soll ganz, heiter sein, es tut nichts, wenn er manchmal herzzerreißend düster ist, aber nur vorübergehend. Die Armut zeigen Sie in einem sympathischen Feler-

tagsgewand, Lumpen dürfen zwar vorkommen, aber die Masse placieren Sie wenigstens auf lächerliche Stellen, z. B. auf den Hintern. Im Stück ist unangenehm notwendig ein reicher, sympathischer junger Mann, der anfangs schlecht ist, aber dessen Herz später so weich wird wie die Fetze in St. Grad Marne. Nur sympathisch! Also so — ... ungefähr derartig müssen die Filme sein. Der Reiche soll immer sympathisch sein, pompos wohnen, leben, daß dem Proletarier der Speichel rinnen soll.

Ich dachte ein wenig nach:

„Hopp“, sagte ich, „das Kinostück für die Amerikaner ist fertig!“

Ich nahm ein Stück reines Papier und zeichnete ein dunkles, dann ein helles Bierschälchen dazu.

Auf das helle Bierschälchen schrieb ich: „Kaktuspiel“, auf das andere: „Drama“.

Der Agent war von meinem Einfalt entsetzt.

„Sehen Sie, das ist etwas! Das braucht Amerika! So etwas versteht Amerika ausgezeichnet. Jetzt schreiben Sie über die Bierschälchen die Titel der Akte.“

Ich tat es.

Ich zitiere gern einige der Titel:

„Was machst du lieber Hans beim Tanz?“

„Ehen werden am besten vermittelt.“

„Hinausbeugen ist verboten.“

„Das Rauchen ist verboten.“

„Spucken darf man nur auf den Platz.“

„Rechts fahren!“

„Müller ist das beste Reithaus.“

„Ich laufe falsche Zähne.“

„Nur den Kopf, daß er nicht hinken soll!“

„Sicherheits-Schloß.“

„Verbotene Operationen zu billigen Preisen.“

„Der Agent drückt mir gerührt die Hand.“

„Der Erfolg ist sicher!“

„Was für ein Genie! Sie haben mit einem Schlag das transatlantische Seelenleben verstanden. Die Aufschriften sind vollkommen, keine einzige von ihnen gegen die Tabelle.“

So geschah es, daß ich den ersten europäischen Film an Amerika verkaufte. Nächstens werde ich die Preise einer Speisekarte eines großen Restaurants nach New-York schicken mit der Aufschrift: „Sozialer“ — bald Lustspiel — bald Drama in ungehörigen Aufzügen.

In einem Jahre, so Gott will, werden wir dann die deutsche Aufführung in der „Ufa“ befehlen.

Polizeibeamte als Vahälischer

Unter Magdeburger Bruderhätt, die „Tribüne“, berichtet von einem Prozeß gegen die Polizeibeamten Wegner und Köhne wegen Vahälchung. Ein Prozeßführer der Berliner Polizei hatte die beiden, bisher unbescholtenen Beamten durch inständiges Flehen und Bitten unter der Vorgabe, er sei polnischer Flüchtling, zur Herstellung eines solchen Prozes verzeilt. Die 300-Mk., die die betroffenen Betrüger erhielten, waren aus der Berliner Polizei gezahlt. Der Berliner Polizeikommissar Hammers gab in der Verhandlung als Zeuge an: „Am Vahälchungen festzustellen, könne auf die Tätigkeit von Agenten nicht verzichtet werden.“ Die beiden Beamten erhielten je neun Monate, ein weiterer Helfer 1 Jahr Gefängnis. Sie wandern in die Zelle als die Opfer ihres eigenen Systems.

Die Beamten sollen weiter hungern

Am Mittwoch verhandelte der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold mit den Spitzenorganisationen der Beamten und erklärte nach dem Bericht des „Vorwärts“:

„Im Reichsfinanzministerium denke niemand an Gehaltskürzung. Die Reform des Besoldungsgegesetzes sei im Augenblick nicht akut. Was die Umwandlung der Dezemberzulage in eine laufende Erhöhung ab 1. April betreffe, so seien im vorliegenden Etat diese Zulagen nicht vorgezogen. Ein weiterer Beamtenabbau sei nicht beabsichtigt, aber er plane Verminderung der Beamten auf organisatorischem Wege.“

Angesichts dieser doch gerade deutlich genug ausgeprägten Absichten Reinholds, keine Gehaltsverhöhung vorzunehmen (an Gehaltskürzung denke niemand!) — wie gnädig!), angeht die Offendheit in der Frage des Beamtenabbaus wohl es der „Vorwärts“ folgendes zum Schluß zu schreiben:

„Die Organisationsvertreter hatten den Eindruck, daß das Zusammenarbeiten zwischen Organisationen und Finanzministerium unter dem neuen Minister sich besser gestalten wird, als während der Amtszeit des Ministers v. Schlieben.“

Die organisierten Beamten werden ihre Führer vor die Frage stellen müssen, ob sie sich dieser Auffassung des „Vorwärts“ anschließen und was sie zu tun gedenken, um eine so bitter notwendige Erhöhung ihrer Bezüge durchzuführen. Wenn die Unterkräftung der Luther-Regierung durch die SPD, läßt so weit geht, von diesem Programm Reinholds enttäuscht zu sein, so ist dies für die Beamten um so mehr Grund, mit der SPD den Kampf zum Sturz dieser Unternehmung-Regierung zu führen.

„Zut's nicht die Revolution, dann tut's die Revolution!“

Was einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“, der keineswegs etwa Sympathien für die Winger atmet, geht hervor, daß bei einer Reichendemonstration von 15 000 Wingern in Paderborn Koblenz, die in juristischer Hinsicht sich befindenden kleiner und mittleren Weinbauern sehr radikale und oppositionelle Forderungen hatten. Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt höchst unwillig, daß der Demonstrationzug Schilder mit „recht bewußtlichen“ Injurien aufgewiesen habe, z. B.: „Zut's nicht die Revolution, dann tut's die Revolution!“ Auch habe man ein „Winglied 1926“ gesungen, das in „recht eigenartigen Worten“ die Not der Winger kundtat. Auch die Rede in der Versammlung sei nicht frei von „demagogisch“ und „antagonischen“ Säßen gewesen.

Die Winger spüren jetzt am eigenen Leibe, daß das Geldkapital über die Interessen des Mittelstandes und der kleiner Bauern rücksichtslos hinwegzweicht. Die Demonstration ist nur der Ausdruck der steigenden Unzufriedenheit auch in dieser, oppositionellen Gedanken gingen bisher vollkommen ferngehenden Bevölkerungsschichten.

Kohlenarbeiterstreik in Polen

Warschau, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Dombrowaer Kohlenrevier ist ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen, weil die Grubenbesitzer den Achtstundentag aussetzen wollten. Bisher streikten 25 000 Bergleute. An den Industriezentren wurde von den Streikenden ein Ultimatum gestellt, es solle jenen Beschluß bez. Aufhebung des Achtstundentages sofort aufheben, sonst würde der Generalstreik im Dombrowaer Industriegebiet proklamiert. Zu einer von der Regierung einberufenen Konferenz, wo zwischen Industrieverband und Arbeitern verhandelt werden sollte, erschien der Industrieverband nicht.

Die russische Revolution auf der Moskauer Bühne. Der in Moskau weilende Oberbesichtshaber der sibirischen Revolutionarmee und Mitglied der Zentrale der revolutionären Kommunisten, Su-Han-Min, äußert sich in der Moskauer Revue über das chinesische Revolutionsbild „Klage, China!“, das am Moskauer Reichstheater aufgeführt wird. Das Stück stellt die furchtbaren Leiden und Kämpfe der unterdrückten chinesischen Massen im revolutionären Geiste dar und ist in der Sprache: Wasche auf und reinige auch, unterdrückte Arbeiter aller Länder, zum Kampfe gegen den Imperialismus und die Ausbeutung. Su-Han-Min meint, daß dieses revolutionäre Stück die besten Aufführungen in Moskau ein neuer Beweis des großen Interesses der russischen Massen für das kämpfende China ist, in China selbst großes Aufleben hervorgerufen und einen ungeheuren Erfolg haben würde. Statt zu rufen und einen ungeheuren Erfolg haben würde. Statt zu rufen und einen ungeheuren Erfolg haben würde. Statt zu rufen und einen ungeheuren Erfolg haben würde.

Jugendverziehung des sowjetrussischen Jugendverbandes.

„Jugend-Pravda“ („Romsomolka Prawda“) ist das Organ des kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion. Sie erscheint seit acht Monaten als Tageszeitung und hat bereits eine Auflage von 130 000 Exemplaren erreicht. Der Jugendverband hat allerdings 1,8 Millionen Mitglieder, so daß noch nicht alle Jungkommunisten die Zeitung lesen. Die Zeitung stellt einen ganz neuen Typ einer Tageszeitung dar. Neben der allgemeinen politischen Information (Nachrichten, Artikel) wird das Hauptgewicht auf die Erziehung der Arbeiterjugend gelegt. In Form von Aufsätzen an die Redaktion und ihrer Erläuterung werden in letzter Zeit insbesondere die verschiedenen Auswüchse und Schwächen der Jugendbewegung scharf von der Jugend kritisiert und für ihre Abheilung Wege und Methoden vorgeschlagen und öffentlich kritisiert. Die Erziehung der Jugend zu disziplinierter und Massenbewussten Sowjetbürgern und qualifizierten Arbeitern gehört zu den allerwichtigsten Aufgaben der russischen Kommunisten, des Sowjetstaates. Die schonungslos Aufdeckung jedes Fehlers und die öffentliche Diskussion über die Erziehungsfragen ist ein in der Geschichte beispiellos erfolgreicher Versuch einer kollektiven Erziehung und Selbst-erziehung der Jugend mit Unterstützung der älteren Generation. Das Hauptgewicht wird aber auf die Selbsttätigkeit der Jugend gelegt. Der Jugendverband, der diese riesige Erziehungsarbeit leistet, umfaßt außer der Jugend aus den Betrieben auch die Bauernjugend und die studierende Jugend.

Bildet Einheitskomitees!

3 Milliarden 500 Millionen!
 Das ist die Forderung, die die im November 1918 davongelaufenen Fürsten für sich und ihre Maitressen verlangen. „Das Gottesgnadentum“ der fürstlichen Räuber, die das deutsche Volk ins Elend geführt haben, sollen die breiten Schichten des Volkes mit ungeheuren Summen bezahllen. Während mehr als 3 Millionen Erwerbslose als Opfer der Wirtschaftskrise mit einer elenden Unterstützung leben müssen und kaum das tägliche Brot für ihre Kinder beschaffen können, während Hunderttausende von Invaliden und Kriegsoptionen bei einer Rente von 15 bis 20 Mark pro Monat ein elendes Hungerdasein führen und enteignete Kleinrentner, von Not und Verzweiflung getrieben, zum Strick greifen, versuchen die fürstlichen Räuber, Milliardenbeträge aus den hungernden und bedürftigen Schichten des Volkes herauszutreiben.

Dieser Raubzug auf die Taschen des wertvollen Volkes darf nicht gelingen.
 Das kann jedoch nur verhindert werden, wenn die breiten Schichten der Wertvollen sich zusammenschließen unter dem Banner:

Her mit dem Volkentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten, für die Aufwertung der kleinen Sparguthaben, für die Erhöhung der Unterstützung für Erwerbslose, Sozial- und Kriegsopfer!

Jeder Versuch, die gewaltige Volksbewegung für die entschädigungslose Enteignung zu zersplittern, zu zerstoren oder zu sabotieren, muß auf das entschiedenste zurückgewiesen werden.

Die Bestrebungen der Fürstentochter, die Entscheidung über die Abfindung der Fürsten einem Sondergericht und der Entscheidung eines Klassenrichters zu überlassen, muß auf den schärfsten Widerstand der breiten Schichten aller Klassen und Ausgebeuteten stoßen. Nach wie vor gilt die Forderung:

Keinen Pfennig den Fürsten!

Nur jedoch dem Volkentscheid zum Sieg zu verhelfen, der die Fürstentochter zu zerstreuen, ist unbedingt notwendig die Zusammenfassung aller Kräfte. In allen Gegenden, in jedem Ort, ohne Unterschied der Partei, müssen die Arbeiter sich zusammenschließen in gemeinsamen Komitees zur Durchführung des Volkentscheids. Die SPD-Führer haben diese Einheitskomitees bisher mit der Bemerkung abgelehnt, das sei eine kommunistische Sache. Sie haben damit die Kampfkraft der Arbeiter geschwächt. Die Zusammenfassung des ganzen Volkes gegen die Raubpläne der Fürsten erfordert die schnellste und reifliche Zusammenfassung aller Kräfte. Keine Teiltaktionen — keine Zersplitterung — sondern geschlossener Kampf und gemeinsame Aktion, das muß die Lösung sein.

Die Arbeiter dürfen sich durch keinerlei Sabotage behindern und abhalten lassen, den Kampf gegen das Fürstentum gemeinsam und mit allen Kräften zu führen. Die verschiedenen Organisationen rufen deshalb den Arbeitern zu:

**Bildet Einheitskomitees!
 Her mit dem Volkentscheid!
 Keinen Pfennig den Fürsten!**

- Bezirksvorstand der prolet. Freidenker, Groß-Dresden
- Vorstand der Internat. Arbeiter-Hilfe, Sachsen
- Bezirksvorstand der Invaliden und Witwen Deutschlands, Gau Sachsen
- Kommunistische Partei, Bezirk Ostachsen
- Internat. Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Ostachsen
- Prolet. Frontkämpfer-Bund, Gau Ostachsen
- Internat. Frauen- und Mädchen-Bund, Gau Ostachsen
- Vorstand des Betriebsrates des Elektrizitätswerkes Dresden
- Arbeiter-Gruppe Dresden.

Die Bezirksleitung der SPD. Ostachsen lehnt einheitliche Sammellisten ab

Unter dem Druck der sozialdemokratischen Parteiführer hat die SPD. an die SPD. heran betr. Herausgabe einheitlicher Sammellisten. Die Vertreter der SPD. erklärten, daß sie mit den gemeinsamen Sammelungen einverstanden sind, unter den Voraussetzungen, daß alle im Lokal befindlichen Listen der beiden Parteien zurückgezogen und gemeinschaftliche Listen herausgegeben werden. Arzt, Edelmann und andere vertraten den Standpunkt, daß die SPD. ihre Listen zurückziehen soll und daß die sozialdemokratischen Listen als Einheitslisten weiter zirkulieren sollten. Dieses Ansuchen wurde von den SPD.-Vertretern auf das entschiedenste abgelehnt, weil es selbstverständlich ist, daß die SPD. auf derartige Nachgaben und Täuschungen nicht hereinfällt. Da die SPD.-Führer merkten, daß ihr Ziel nicht gelang, erklärten sie sich mit den gemeinsamen Sammelungen und gemeinsamer Verteilung der Gelder einverstanden. Dieses Ergebnis der ersten Sitzung sollte den Organisationen mitgeteilt werden und die endgültige Entscheidung in einer nächsten Sitzung getroffen werden.

In der zweiten Sitzung waren die Bezirksvorstände der SPD., Arzt und Edelmann nicht anwesend. Sander und Müddiger erklärten, daß die Verhandlung kein endgültiges Resultat zeitigen könnte, da die maßgebenden Gewalten nicht anwesend sind. Sie verlangten erneut Zurückziehung der SPD.-Listen, Weiterzirkulierung der SPD.-Sammellisten als Einheitslisten. Dieses Ansuchen wurde abgelehnt und eine neue Verhandlung mit den zuständigen Stellen sollte am 10. Februar 1926 stattfinden. Auf Anfrage der SPD. teilte die SPD. mit, daß sie es ablehnt, gemeinsame Listen herauszugeben und daß es bei dem jetzigen Verhältnis (Zirkulieren der beiden Listen) bleiben soll. Dadurch hat die Bezirksleitung der SPD. erneut bewiesen, daß sie gegen den Willen ihrer Mitglieder, den geschlossenen Kampf um die entschädigungslose Enteignung durch Volkentscheid nach wie vor sabotiert. Die Arbeiterkraft muß diesem Verhalten der SPD.-Führerschaft entschieden Einhalt bieten. Das kann nur geschehen, wenn die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter in allen Betrieben und Orten Einheitskomitees bilden und gemeinsam, trotz der Sabotage der SPD.-Führer den Kampf um die Durchführung des Volkentscheids gemeinsam führen.

Verstärkt die Kraft der Sammelstätigkeit. Schickt Abschlagszahlungen der gesammelten Gelder an die Bezirksleitung. Rechnet die Listen bis 20. Februar endgültig ab.

Bezirksleitung Ostachsen.

Die Kurzarbeiterunterstützung

wie sie von der Regierung geplant war und wie sie nach den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses aussehen soll.

Von Siegfried Käbel.

Als Erfolg der fortgesetzten energischen Vorstöße der kommunistischen Reichstagsfraktion ist der Kampf um die Kurzarbeiterunterstützung zu einem gewissen Abschluß gekommen. Von einer Einstellung des Kampfes kann natürlich keine Rede sein, denn die Beschlüsse des Ausschusses sind durchweg nicht aus, um die berechtigten Forderungen der Kurzarbeiter zu befriedigen. Die Beschlüsse des Ausschusses bedeuten jedoch einen Schritt vorwärts, und die nächsten Tage werden es zeigen, ob die Regierung wenigstens diese Beschlüsse respektieren und die geplante Verordnung entsprechend gestalten wird.

Daß die gegenwärtige Lage der Kurzarbeiter nicht mehr erträglich ist, mußte auch die Regierung anerkennen. Gibt es doch Tausende von Fällen, wo die Kurzarbeiter ein wirtschaftliches Existenzminimum haben, das noch nicht einmal an die Höhe der erbärmlich niedrigen Erwerbslosenunterstützung heranreicht. Die Regierung bequeme sich also nach langem Hin und Her zu der Erklärung, daß sie die Einführung der Kurzarbeiterunterstützung, wenn auch nur als besondere und vorübergehende Notstandsmaßnahme vornehmen wolle. Daß jedoch die Regierung nicht ernsthaft daran dachte, wirksame Hilfsmittel zu ergreifen, zeigte sich schon in ihrem Verhalten gegenüber einem Beschlusse des Sozialpolitischen Ausschusses, der von der Regierung die Vorlegung eines Gesetzes über die Kurzarbeiterunterstützung forderte. Dieser Beschlusse wurde von der Regierung ignoriert, statt dessen wurde die Regelung der Kurzarbeiterunterstützung auf dem Verordnungswege in Aussicht gestellt. Schon die Andeutungen über den Inhalt der geplanten Verordnung waren dermaßen, daß man ohne weiteres verstand, warum die Regierung den Reichstag möglichst ausschalten wollte, was beim Erlaß eines Gesetzes nicht möglich gewesen wäre.

Die Regierung wollte die Verordnung nach folgenden Gesichtspunkten erlassen:

1. Kurzarbeiterunterstützung wird erst nach drei bis vierwöchentlicher Karenzzeit gewährt.
2. Unterstützung wird erst dann gezahlt, wenn ganze Arbeitstage ausfallen. Bei stundenweiser Verkürzung der Tagearbeitszeit gibt es nichts.
3. Verheiratete erhalten die Erwerbslosenunterstützung bei drei Tagen Arbeitszeitausfall für einen Tag, bei vier Tagen Arbeitszeitausfall wird Unterstützung 1 1/2 Tage gezahlt, bei drei und mehr Zuschlagsempfängern gibt es einen halben Tag mehr.

Für den fünften Tag wird nichts gezahlt. (Kurzarbeiter, die fünf Tage in der Woche feiern, sollen sich erwerbslos melden.)

4. Ledige bekommen erst dann Unterstützung, wenn sie vier Tage in der Woche feiern.

Daß solche Willkür Gesetgebung nur auf dem Wege vollkommener Verantwortungslosigkeit wachsen können, ist wohl jedem Menschen klar, der die Wirkungen einer solchen „Hilfe“ durchdenken kann.

Bei dem gegenwärtigen Stande und der Art der Kurzarbeit wären ungefähr 20 Prozent aller Kurzarbeiter (die Zahl beträgt ungefähr 2,5 Millionen) in den Genuss dieser

„Hilfe“ gekommen. Also zirka 2 Millionen Kurzarbeiter wären ohne jede Unterstützung geblieben. Die wenigen Glücklichen aber, die in den Genuss der legerreichen „Hilfe“ kommen würden, hätten Aussicht, zu ihren erarbeiteten Hungersgehältern je nach dem Stande der Kurzarbeiter und der Zahl der Familienangehörigen einen Zuschuß in Höhe von 1,62 bis 5,64 Mark zu erhalten. Den ersten Beitrag würden bei viertägigem Feiern die Ledigen erhalten, während den letzten Beitrag nur solche Kurzarbeiter erhalten würden, die vier Tage in der Woche feiern und dabei sich selbst, die Frau und mindestens 2 Kinder ernähren müssen. Dabei gelten die angeführten Sätze für das Wirtschaftsgebiet 2. Ordnung A; sie sind also auf dem Lande noch erheblich niedriger.

Diesem Plan stellen die Kommunisten einen eigenen Gegenschwur gegenüber, nach dem jeder Kurzarbeiter, der ein Sechstel und mehr der Vollarbeitszeit feiert, für die gesamte ausfallende Arbeitszeit die Kurzarbeiterunterstützung in Höhe der Erwerbslosenunterstützung erhalten soll.

Für die anderen Parteien, selbst für die Regierungsparteien war der Plan der Regierung denn doch auch ein zu starker Tobak, so daß der Sozialpolitische Ausschuss zwar den kommunistischen Antrag nicht annahm, aber doch die Regierung ersuchte, einige den Regierungsentwurf erweiternde Vorschläge zu berücksichtigen.

Den Vorschlägen des Ausschusses gemäß soll der Beginn der Unterstützungstage nicht nach Ledigen und Verheirateten differenziert werden. Also auch für die Ledigen soll der dritte Tag des Arbeitsausfalles als erster Unterstützungstag gelten. Die Unterstützung soll: angefangen beim dritten Tag auch für den vierten und fünften Tag in voller Höhe der Tagesätze so wie Vollerwerbslosen gezahlt werden. Des weiteren wird vorgeschlagen, zu prüfen, ob nicht auch an solche Kurzarbeiter, die zwar nicht volle Tage feiern, aber deren stundenweiser Arbeitszeitausfall die erforderliche Zahl von Arbeitstagen ergibt, die Unterstützung gezahlt werden kann.

Wie schon oben betont, kann natürlich auch dieser Vorschlag die Kurzarbeiter nicht befriedigen, und geradezu grotesk ist es, zu verlangen, daß geprüft werden soll, ob man auch an solche Kurzarbeiter Unterstützung zahlen kann, die zwar jeden Tag, aber nur einige Stunden arbeiten. Die Zahlung von Unterstützung an solche Kurzarbeiter müßte eine Selbstverständlichkeit sein, wenn die Zahl der ausfallenden Arbeitsstunden auf Tage umgerechnet, die erforderliche Anzahl ausfallender Arbeitstage ergibt. Auch das Vorschlagen am Vorschlag der Regierung, daß erst für den dritten ausfallenden Arbeitstag Unterstützung gezahlt werden soll, zeigt die Unvollkommenheit des Ausschusseschlusses.

Trotzdem sich also der Sozialpolitische Ausschuss genötigt sah, der Regierung einige Verbesserungen vorzuschlagen, muß natürlich der Kampf um den weiteren Ausbau der Kurzarbeiterunterstützung fortgesetzt werden. Der Kampf wird um so schärfer geführt werden, wenn es die Regierung wagen sollte, den geringen Fortschritt, der im Beschlusse des Sozialpolitischen Ausschusses liegt, zu sabotieren, wenn sie es wagen sollte, ihren alten Plan zu verwirklichen, der nur Schein, aber keine Hilfe für die Kurzarbeiter bedeutet.

Zirka 1 1/2 Millionen

Rechen noch im Produktionsprozeß. Von ihnen müßte jeder 181 Mark und 51 Pf. zahlen, wenn die Fürsten ihre geschobenen drei Milliarden erhalten sollen. Wer das nicht will, muß kämpfen um den

Volkentscheid

zur völligen entschädigungslosen Enteignung des Fürstentums.



Die Lüge als Kampfmittel

In Nr. 3 der „Berliner Zeitung“, des Organs des Industrieverbandes für das Bergbaugewerbe, wird unter obiger Überschrift ein Artikel veröffentlicht, in dem Schmidt behauptet, daß die Kampfmittel der SPD. nur in Lügen bestehen würden. Wer die Eisenbahner bewußt beschwindelt und wer ein verbrecherisches Spiel mit ihnen treibt, wollen wir an Hand des breiteren Spiels mit ihnen stellen. In der erwähnten Artikel wird behauptet, daß am 16. Januar eine Fraktions Sitzung der Eisenbahner in Dresden stattgefunden habe, in der der Gen. Zwicker-Berlin über die Generalversammlung des Industrieverbandes Bericht und deren Beschlüsse gesprochen habe. Wir verhandeln in Dresden am selben Tage und zur selben Stunde statt, als in Leipzig die Generalversammlung des I.V.G. tagte, also es vollständig unmöglich war, in der Fraktions Sitzung über die in Leipzig gefassten Beschlüsse zu sprechen.

Diese eine Nichterwähnung beweist, daß die Lügen von Schmidt sehr kurze Beine haben. Die Eisenbahner werden

trotz aller Verleumdung den Kampf um die Einheit der Eisenbahnerbewegung fortsetzen, und die Zukunft wird zeigen, daß trotz aller Demagogie und Vorspiegelung falscher Tatsachen die Liquidierung des I.V.G. stattfinden muß.

Eine platonische Forderung

In der „Chemnitzer Volksstimme“ vom 10. Februar, und auch in der „Lößauer Volkszeitung“ veröffentlicht der frühere Ministerpräsident in Mecklenburg-Schwerin, Johannes Stelling, einen Artikel mit der Überschrift: „Wir fordern Landtagsauflösung“. Stelling erklärt, daß die Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen in Mecklenburg von 33 auf 42 Prozent die Gewähr biete, die Landtagsregierung Brandenstein zu kürzen. Mit keinem Wort erwähnt Stelling einen konkreten Vorschlag, wie die Landtagsauflösung erzwingen werden könnte und sollte. Er fordert nur von der reaktionären Brandensteinregierung, sie müßte die Auflösung des Landtags beschleunigt herbeiführen.

Nachdem die SPD. in Mecklenburg bei dem Volksbegehren auf Auflösung des Landtags in Mecklenburg im Dezember vorigen Jahres „Gewehr bei Fuß“ stand, und damit zur Niederlage der Ablehnung beitrug, kann diese „Forderung“ Stelling's nur als ein Täuschungsmanöver betrachtet werden. Ebenso ungenau wie in Mecklenburg denken die Stelling's auch in Sachsen daran, den Landtag aufzulösen, da sie, wie es in einem Schreiben des SPD.-Vorstandes an die Mecklenburger Bezirksleitung hieß, die Gefahr besteht, daß bei Erreichung einer Zweidrittelmehrheit die SPD. ins Schlepptau der SPD. komme.“

Der Fingerabschneide-Betrieb

Es wäre an der Zeit, daß sich die Gewerbeaufsichtsbehörde endlich einmal eingehend um die Stellung der Heidenau kümmern würde. Dort vergeht fast keine Woche, in der sich nicht einige Mädchen die Finger wegstanzen. Die Schuld daran trägt das im Betrieb geübte Antreibesystem. Die Arbeiterinnen sind gezwungen, wenn sie überhaupt auf ihren Lohn kommen wollen, bei im Durchschnitt nicht mehr als 10 bis 16 Mark beträgt, unter Ausnutzung aller Kräfte zu arbeiten. Die Arbeitslaste sind so niedrig berechnet, daß nur unter größtmöglicher Arbeitsleistung überhaupt die Erreichung eines solchen Verdienstes möglich ist. Oft werden die Sicherheitseinrichtungen von den Stanzmaschinen entfernt, was zur Folge hat, daß, wie oben bereits erwähnt, fast wöchentlich Unglücksfälle zu verzeichnen sind. Die Firma, die nicht daran denkt, den Arbeiterinnen ihre erbärmlichen Löhne aufzubessern, heißt dann noch die Freiheit, den Mädchen, die sich Stanzverletzungen zugezogen haben, die Entlassungspapiere auszuhandigen. Von dem Metallarbeiterverband könnte man jedoch erwarten, daß er sich einmal um diesen Betrieb kümmert, damit den Ausbeuterherren der Betriebsleitung und der hundemächtigen Beschäftigung ein Ende bereitet wird. Pflicht der Arbeiterinnen ist es jedoch, sich sofort durch Zusammenstoß in der Organisation nicht nur ihre geliebten Glieder zu erhalten, sondern auch einen auskömmlichen Lohn und erträgliche Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.



1 Jahr 3 Monate Gefängnis

Kurz und lakonisch verkündet es der Richter — kurz und lakonisch bringt es die Presse. Was ist weiter dabei? Eine alltägliche Geschichte! Und doch, welch tiefe Tragik, welch Elend und wieviel Tränen birgt es in sich. Es sind ja „nur Arbeiter“.

„Reiche“ „vergehen“ sich nicht an den Paragraphen 218/219, sie haben es nicht notwendig. Die Buchstaben des Gesetzes sind fest und großartig. Grausamer und kälter noch die Richter — Klassenjustiz! Sechs Arbeiterinnen und Arbeiter waren es, die sich vorige Woche vor dem Schöffengericht zu verantworten hatten wegen Uebertretung der Paragraphen 218/219. Noch jung waren die Angeklagten, die meisten Anfang der Zwanzig, die Hauptangeklagte 35 Jahre. Warum lie es tun? Diese Frage zu beantworten, heißt die große soziale Ursache zu zeigen. Sie tun es aus Not! Nahezu 1 Million Uebertretungen werden jährlich im Jahre in Deutschland vorgenommen. Die kapitalistische Gesellschaft entrückt sich moralisch, sie, die die elementarsten sittlichen und moralischen Grundzüge mit Füßen tritt. Millionen von Familienmitgliedern sind seit Monaten bereits ohne Arbeit, wie sollen sie imstande sein, von der jämmerlichen Unterstützung ihrer Kinder zu verzichten. Ist es doch den im Fortschritt stehenden nur unter der allergrößten Entbehrung möglich. Soll eine Frau gebären, die weiß, daß sie ihr Kind nicht ernähren kann? Als körperliche und geistige Krüppel können die jungen, unschuldigen Wesen dahin. Wieviel mehr Verantwortungsgelüht haben ihre Frauen, die sich an dem Würgungsparagraphen vergehen, gegenüber denen, die im Reichtum sitzend, diese Paragraphen fordern, ihre Frauen aber zur „Kuh“ widmen! Turmhoch über dieser „Kultur“ erhebt sich das rufliche Volk! Dort heißt es: „Neder leinen Leib verfügt das Weib selbst!“ Um so mehr gilt es, in Deutschland die Arbeiterfrauen zu mobilisieren. Ueberall muß der Ruf ertönen: Fort mit dem Würgungsparagraphen 218/219!

Die Einäscherung des Genossen Richter

Am Donnerstag nachmittag hatten sich die Vertreter der Dresdner proletarischen Organisationen im Krematorium eingefunden, um dem Genossen Max Richter das letzte Geleit zu geben. Über 300 Teilnehmer hatten sich noch circa 80 rote Frontkämpfer und Kranzdelegationen der Bezirksleitung der KPD, der KJ, der Delegierten der „Arbeiterstimme“ und der Streikgruppen der KPD, eingefunden.

Die Totenfeier eröffneten die „Freien Sänger Stroben“ mit dem Weispruch „Ein Sohn des Volkes“. Nunmehr gedachten in erhabenen Worten die Genossen Albert Fischer für die Straßener Organisation, Schreyer für den Bezirk und ein Kollege aus dem Gaukreis des roten Kameraden und Mitkämpfers. Die „Freien Sänger“ boten dann noch „Ein junger Morgen“. Und während die Jahrgänger sich gruppieren und die roten Banner der Partei, die rufliche Ehrenfahne und die zahlreichen Rot-Front-Flaggen sich zu Ehren des Genossen Max Richter lenken, spielte die Orgel den ruflichen Trauermarsch für die gefallenen Revolutionäre, dessen weidwolle Klänge die Halle erbeben ließen. So erwie die Dresdner Arbeiterwelt unteren „Junges Hingebn“, den Parteiarbeiter Max Richter.

Verlängerte Stilllegung bei Clemens Müller

Wie schon mitgeteilt, legt die Delegierten von Clemens Müller vom 30. Januar bis 13. Februar 1926 aus. Die Zeit ist noch nicht abgelaufen, da bekommt die Arbeiterchaft in aller Seelenruhe mitgeteilt, daß vom 18. Februar in derselben Weise „weiter gearbeitet“ wird. Also, Weiterführung des Betriebes mit wenigen Leuten auf Kosten der Arbeiterchaft.

Auch den Beamten (Werkmeister) spielt man einen Streich. Sie müßen ihren Urlaub schon jetzt nehmen. Der Herr Direktor kann sicher den Gedanken nicht ertragen, daß die Werkmeister für ihren Hungerlohn nicht arbeiten würden.

Mögen die Beamten daran erkennen, daß die Arbeiter und die Beamtenchaft zusammengedrückt, da beide getrennt nur Spielball der Unternehmer sind.

Dresdner Volksbühne G. B.

Oberhaus: Sonntag, 14. Febr., Das Rheingold, Nr. 9871 bis 9901. Mittwoch, 17. Febr., Madame Butterfly (Vollvorstellung) Nr. 1-500. Freitag, 19. Febr., Nidelte, Nr. 992-9922 und 991-9915. Sonnabend, 20. Febr., Ioska, Nr. 996-9961. Montag, 22. Febr., Abenteuer des Calanora, Nr. 997-9977.

Schauspielhaus: Sonntag, 14. Febr., Proletariat, Nr. 2316 bis 2378. Hermanns Löcher, 2379-2386. Montag, 15. Febr., Die es euch gefällt, Nr. 2387-2388. Mittwoch, 17. Febr., Die Hermanns Löcher, Nr. 2389-2396. Donnerstag, 18. Febr., Der einbildete Kranke, Nr. 2397-2398. Freitag, 19. Febr., Serebas und Marianna, Nr. 2399-2404. Sonnabend, 20. Febr., Der mutige Seefahrer, Nr. 2405-2410. Sonntag, 21. Febr., nachm., Proletariat, Nr. 2411-2418. Der einbildete Kranke, Nr. 2419-2424. Montag, 22. Febr., Der natürliche Vater, Nr. 2425-2430.

Kleines Theater: Sonntag, 14. Febr., Das Kaffeehaus, Nr. 1841-2090 und 4351-4360. Montag, 15. Febr., Das Kaffeehaus, Nr. 4641-4735 und 9788-9920. Mittwoch, 17. Febr., Das Kaffeehaus, Nr. 4736-5005. Donnerstag, 18. Febr., Das Kaffeehaus, Nr. 5006-5255. Freitag, 19. Febr., Das Kaffeehaus, 5256-5505. Montag, 22. Febr., Das Kaffeehaus Nr. 5506 bis 5755.

Albertheater: Sonntag, 14. Febr., Der fröhliche Weinberg, Nr. 6581-6640. Montag, 15. Febr., Madame Sans-Gene, Nr. 6641-6700. Dienstag, 16. Febr., Charless Tante, Nr. 6701 bis 6760. Mittwoch, 17. Febr., Baby Frederick, Nr. 6761-6820. Donnerstag, 18. Febr., Der fröhliche Weinberg, Nr. 6821-6880. Freitag, 19. Febr., Der fröhliche Weinberg, Nr. 6881-6940. Sonnabend, 20. Febr., Der fröhliche Weinberg, Nr. 6941-7000. Sonntag, 21. Febr., Der fröhliche Weinberg, Nr. 7001-7060. Montag, 22. Febr., Baby Frederick, Nr. 7061-7120.

Das nächste Sinfonie-Konzert findet am 17. Februar, abends 7.30 Uhr im Gewerkschafts-Haus. Leitung: Generalmusikdirektor Eduard Mücke. Solist: Cornelius Cierniakoff. Zur Aufführung gelangt: Bach-Schubert; Zwei Chorvorspiele für großes Orchester. (Uraufführung). Cornelius Cierniakoff; Zweites Klavierkonzert E-Dur mit Kammerorchester. Solist: Der Komponist, Richard Strauß; Ein Feldleben, Sinfonische Dichtung. Die Mitglieder werden dringend ersucht, ihre Mitgliedskarte zu bringen. Freier Konzertkartenverkauf für nichtaufgeführte Mitglieder in der Geschäftsstelle, Schloßstraße 34/36 (11-3 Uhr), sowie Abendkasse. Freier Konzertkartenverkauf für Nichtmitglieder nur bei J. Kiss, Seestraße 21; C. Königs, Waldenhausstraße 24, und Abendkasse, 3 Markt. Mitglieder, Studenten, Schüler höherer Lehranstalten, Jugendbünde und Reichswehrangehörige erhalten gegen Ausweis Gültigkeitsplätze à 30 Pf. Aufgeregte Mitglieder Nr. 751-1000 und Anzahl C.

Verloren. Bei der Weihnachtsfeier der Arbeiter-Samariter im kleinen Saal des „Reichspalais“ ist in Heberleher, genannt O. T., verunglückt worden. Der zurückgeliebene ist F. D. Gerlach und enthält Infektionsgefahr. Inhaber des O. D. bezeichneten Heberleher's wolle sich bei R. Wendel, Rosenstr. 98, 11, melden.

Am 11. Februar früh in der zweiten Stunde hat sich eine Unbekannte von der Augustusbrücke in die Elbe gestürzt, wodurch ein hinauspringender Mann es zu verhindern suchte, und ist in den Fluten verunglückt, ohne wieder aufzutreten. Sie soll den Eindruck eines Dienstmädchens gemacht haben, etwa 20 Jahre alt, 1.70 Meter groß und schlant gewesen sein, sowie hellblondes Haar und rundes Gesicht gehabt haben. Kleidung: rote Bluse, dunkler Rock. Meldungen an das Landstriminalamt, Zentralbüro für Vermittlung, Dresden, Schlegelgasse 7, III, 3, 200, erbeten.

Volkshochschule. Der Vortrag von Dr. Wilhelm Junius über „Was lehren uns Arbeit und Wissenschaft?“ fällt am Montag, den 15. Februar, aus. Fortsetzung am 22. Februar.

Volkshochschule. Die nächste Führung im Botanischen Garten von Obergartenermeister F. Richter findet bereits am Sonntag, den 14. Februar (nicht 21. Februar) statt.

Aus Dittschfen

„Schwindelnott“

Schäumend vor Wut sehen gewisse Elemente in der SPD, und der Sozialistischen Arbeiterjugend die neuen Kantonverordnungen, in denen der vor einigen Tagen „endgültig ausgeschlossene“ Jungsozialist Haunke über die Lage der Arbeiterjugend im ruflichen Arbeiter- und Bauernpaar spricht. Die alten Warden können nicht mehr aufgeweckt werden. Deshalb greift man zu neuen Methoden. Sehr treffend bezeichnet die „Freiheit“ die „Arbeiterjugend“ einen ihrer Watergüsse als „Schwindelnott“. Unter dieser Ueberschrift bringt sie nämlich am 2. Februar folgende

Schwindelnott.

Neben den Feinddelegierten waren von der Kommunistischen Partei auch Jugenddelegierte nach Kanton geschickt worden. Unter diesen für den Bezirk Dresden auch das ehemalige Mitglied der SA, Haunke, der nun nach seiner Rückkehr in mehreren Versammlungen Bericht erstattet. Haunke ist im vorigen Jahre aus unserer Bewegung ausgeschloffen worden. Das hindert jedoch die KPD nicht, ihn in ihren Flugblättern und Zeitungsartikeln immer noch als Mitglied der SA, anzusehen. Aus diesem Grunde war der alle der Dresden SA nach Pausen gegangen, um Haunke als er vor kurzem dort sprach, zur Rede zu stellen. Vor der versammelten Jugendversammlung machte Haunke die Erklärung abgeben, daß er entgegen den irreführenden Schwindelnott kein Mitglied der SA, mehr ist. Zudem gibt die KPD, nach wie vor Flugblätter heraus, in denen Haunke als Mitglied der SA, genannt wird. Diese falschen Angaben zeigen von vornherein, in welchem „wahrheitsgetreuen und objektiven Geist“ die deutsche Arbeiterjugend über die ruflichen Verhältnisse durch die Feindzeitung informiert werden soll.

Anfängliche SPD-Genossen überbrachten diesen Schwindelnott. Dieser konnte daraufhin am 19. Februar folgende Verurteilung an die Redaktion der „A. W.“

Dresden, den 18. Februar 1926.

An die Redaktion der „Arbeiterstimme“

Untern 2. d. M. langten Sie einen Brief, überschrieben mit „Schwindelnott“, und ich bitte um Aufnahme einer Verurteilung auf Grund des Pressegesetzes.

Sie behaupten in demselben, daß ein Genosse der SA, aus Dresden nach Pausen gegangen sei, um dort in der Versammlung, wo ich über die Lage der ruflichen Jugend sprach, vor den Versammelten zu erklären, daß ich kein Mitglied der SA, mehr wäre. Es war dies der Genosse Erwin Günther aus Dresden, den ich am Tag meines Vortragens in der Nähe des Pausner Bahnhofs traf, und ihn fragte, ob er zu meiner Versammlung kommen wollte und in welchem Zweck nach Pausen gegangen sei. Der Genosse Erwin Günther antwortete mir: „Nein, ich bin nicht extra nach Pausen gekommen, sondern war schon nachmittags in Pausen, und werde vielleicht in deine Versammlung kommen.“

Entweder lügen Sie in Ihrer Note, oder der Genosse Erwin Günther hat mich belogen. Der Genosse hat überhaupt nicht in dieser Versammlung das Wort gewünscht, und auch nicht gesprochen. Er ist bereits nach Pausen der Distillation aus der Versammlung weggewandert.“

Diese durch die Erwiderung gekennzeichnete niedrige Methode wird die einfachsten Jungsarbeiter nicht abhalten können, die Versammlungen in Scharen zu besuchen, in denen Haunke in die Wahrheit über Kanton berichtet!

Kadberg. Volkshochschule. Der Beginn des Vortrages des Herrn Dr. Blüthner-Wohlt, Dresden, über: „Die Tuberkulose als Volkstiranie“ wird um vier Wochen verschoben (ursprünglich angesetzt für 18. Februar). Es erfolgt noch genaue Mitteilung. Der Vortrags des Herrn Prof. Dr. Köhler, Dresden, über: „Kontamination und Vererbung“ findet ab Dienstag, den 16. Februar nicht mehr im Vortragszimmer des Realgymnasiums, sondern im Saale der Volkshochschule (Zimmer 3), abends von 7.30-9 Uhr statt. Der Besuch dieses Vortrages ist sehr zu empfehlen. In Beginn jeder Stunde findet eine kurze Wiederholung des bereits behandelten Stoffes statt, so daß neu hinzukommende Hörer sich leicht einarbeiten können.

Johannig. Die Schule „Am Sand“ will am Abend des Freitag, Dienstag, am 16. Februar des Nürnberger Meistersingers Hans Sachs in einer Feier gedenken. Neben einem einführenden Vortrag über den Meistersinger Hans Sachs und seine Werke werden Lichtbilder von der Heimat des alten Meisters, der mittelalterlichen Stadt Nürnberg und dem alten, schönen Rathaus am O. T. gezeigt. Die oberen Klassen bieten zwei Kastrachtspiele und elfe Schwänke. Alle Gesellen und Fahrgenossen, umrahmen die Feier. Alle Eltern und Freunde der Schule sind schon jetzt zu dieser Feier eingeladen.

Freital. Die Preisprüfungsstelle schreibt uns folgendes: Die Preise für postfreie Gefrierfleisch sind mit sofortiger Wirkung wie folgt bestimmt worden: Feinstfleisch und Schlachtopf 70 Pf., Rohfleisch 65 Pf., Taig 40 Pf., Rende 85 Pf. und Streifenfleisch vom Hinterohrl 75 Pf.

Freital. Steigerung der Erwerbslosigkeit. Der öffentliche Arbeitsnachweis für Freital und Umgebung schreibt uns: Im Monat Januar ist die Zahl der eingetragenen männlichen Erwerbslosen um über 500 Personen gegenüber den weiblichen ist sie ungefähr gleich geblieben. Die Steigerung war besonders in der ersten Monatshälfte stark; in der letzten Woche war ein Rückgang um 200 zu verzeichnen. Eine merkliche Abnahme wird jedoch auch jetzt noch nicht eintreten, weil viele Betriebe infolge der Geldknappheit nur ganz geringfügige Aufträge haben und die Bauwirtschaft nur ganz geringfügig Einfluss auf den Arbeitsmarkt ist. Am 31. Januar waren 6881 Arbeitssuchende eingetragen, von denen 647 Erwerbslosenunterstützung bezogen. Dazu kommen noch 5602 Zuschlagsempfänger. Rechnet man den Hundertteil der Arbeitssuchenden zur Einwohnerzahl, dann ergibt sich folgendes Bild. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung vom 16. Juni 1925 hat der Bezirk des öffentlichen Arbeitsnachweises Freital 77 501 Einwohner, von denen 855 vom Hundert als

Arbeitssuchende eingetragen sind. Verhältnismäßig am höchsten ist die Arbeitslosigkeit in der Rabenauer Stuhlfabrik, Freital, und da wieder besonders in der Holzschuhfabrik. Ueber dem Bezirksdurchschnitt liegt Rabenau mit 17.18 Prozent, Freital mit 14.18 Prozent, Oberparnsdorf mit 11.97 Prozent, Reichenau mit 11.58 Prozent, Gittersee mit 11.31 Prozent, Freital mit 9.45 Prozent, Wildstruß mit 9.25 Prozent und Pörsdorf mit 9.01 Prozent. Dann folgt Pörsdorf mit 8.80 Prozent, Reichenau mit 8.75 Prozent, Pörsdorf mit 8.60 Prozent. Am niedrigsten liegt Saalfeld mit 11.19 und Grödenburg mit 8.9 Prozent. Keine Erwerbslosen waren am 31. Januar 1926 in Reichenau.

Verhaftung wegen Unregelmäßigkeiten in Heidenau

Zu den Unregelmäßigkeiten bei der Stadtverwaltung Heidenau wird vom Kriminalamt Dresden, sowie die schwebenden Erörterungen Mitteilungen über den Sachverhalt ausliefern, berichtet:

Die Unregelmäßigkeiten haben in der Hauptrolle in der Anforderung zu hoher Zuschüsse aus den ruflichen Mitteln für Kostensarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge zugunsten der Staatskasse bestanden. Zu dem Zwecke sind in den dem Volkshochschulministerium von der Stadt eingehenden Lohnlisten über das zulässige Maß hinaus außer Erwerbslosen auch dauernd beschäftigte rufliche Arbeiter und die händlichen Arbeiter der Unternehmer mit aufgeführt worden. Auf diese Weise ist die Staatskasse geschädigt worden. Inwiefern die verantwortlichen Gemeindebeamten hieran die Schuld tragen, wird noch geklärt. Der mit der Bearbeitung der produktiven Erwerbslosenfürsorge letzterzeit im Ministerium beauftragte Beamte hat die Unrichtigkeiten der Listen anscheinend abfällig übersehen. Er hatte sich nicht nur der Stadtverwaltung Heidenau, sondern auch anderen Beamten gegenüber durch Anbahnung ausgedehnter Verbindungen und gesellschaftlicher Beziehungen zu leitenden ruflichen Beamten und den Kostensarbeiten ausführenden Unternehmern, teilweise auch durch Annahme von Geschenken und Darlehen von privater Seite, verbindlich gemacht. Auf sein Verschulden sind die Beschädigungen der Staatskasse mit zurückzuführen. Er wurde deshalb festgenommen.

Der Stadtrat gegen die Polizeimaßnahme. Dazu teilt uns der Stadtrat von Heidenau mit: Zu den in letzter Zeit durch das Polizeipräsidium in Dresden veröffentlichten Berichten wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten bei der Stadtverwaltung Heidenau in Sachen der Ausführung von Kostensarbeiten in den letzten Jahren hat der Stadtrat gestern in einer Sitzung Stellung genommen, zu der alle Mitglieder anwesend waren. Nach Entgegennahme eines eingehenden Berichtes in dieser Angelegenheit hat er einstimmig den Beschluß gefaßt, daß dem gegenwärtigen Stand der Angelegenheit nicht die zurechnliche Verantwortung vorliegt, den in dieser Sache tätig gewordenen Beamten das Vertrauen zu entziehen.

Prima. Die Kinderreichen für den Volksentscheid. Die Jahreshauptversammlung der hiesigen Ortsgruppe des „Bundes der Kinderreichen“ beschloß, sich der Forderung der entgeltungslosen Entlohnung anzuschließen, und wählte zu einem Vertreter der kommunistischen Partei zwei Mitglieder eines Einheitskomitees. Folgendes Schreiben wurde an den „Ausflug für Einleitung des Volksentscheides gegen die „Kantonsabnahme“ nach Berlin geschickt:

Die heute tagende Jahreshauptversammlung unserer Organisation erhebt allerhöchsten Protest gegen die Forderungen der ehemaligen regierenden deutschen Parteien und deren Helferei. Wir unterstützen das Vorgehen der KPD, und SPD, und des UDB, in der Frage der Kantonsabnahme und fordern vollständige entschuldungslose Entlohnung der ruflichen, ebenso, daß die Schloß für Kindererholungsheime verwendet werden, das Barvermögen und der Grundbesitz für Zielungsweide kinderreicher Familien zur Verfügung gestellt werden.

Prima, den 6. Februar 1926.

Bund der Kinderreichen
(Vorsitzmannschaft und Ortsgruppe Prima)

Folgen. Das 24. Stiftungsfest der Arbeiter-Kabfahrer findet am 18. Februar im „Bürgergarten“ statt. Von ganz besonderer Bedeutung sind zu erwähnen die Darbietungen vornehmlich der Ausfühler von der Familie Entschelberger. Auch die Familien-Mannschaften werden auf sportlichem Gebiet durch ihr Auftreten alle proletarischen Sportinteressierten fesseln. Arbeiter und Arbeiterinnen, besucht dieses Stiftungsfest und unterstützt die Arbeitssportler.

Vom Tage

Tödlicher Unfall bei einer Kederei. Auerbach, B. T. 14-jährige Oberrealschüler Gerhard Blener aus Falkenberg war auf der Reichstraße eine Sandfrau. Als sich diese umwandte, lief er davon und kam dicht vor einem Passivwagen an, der schnell zum Stillen kam. Der Wagen ging über Blener hinweg, der sofort tot war.

Erträge in Westfalen und Thüringen.

Zwickau. Donnerstag früh 1 Uhr 40 Min. wurde hier ein starkes Erdbeben verspürt. Der Seismograph im Museum verzeichnete am diese Zeit keinen Ausschlag. Jedenfalls handelt es sich um Erdbebenerscheinungen der üblichen Natur.

Weiden. In Weiden ist am Donnerstag früh gegen 3 Uhr ein leichtes Erdbeben wahrgenommen worden, das einige Sekunden dauerte.

Ein Stillsitzungsübertreter verhaftet. Berlin. Wegen mehrerer Vergehen und Verbrechen an Schülern ist der 55 Jahre alte Schuldner Johann Kehler von der 150. Gemeindeschule in der hannoverschen Straße, ein verheirateter Mann und Vater von drei Kindern, verhaftet worden. Es wurde festgestellt, daß Kehler Kinder, die außerhalb der Schulpfortzeit am Schulgrundstück erschienen, an sich lockte und sich auf das Schwert an ihnen verging. Bis jetzt sind 15 Schülerinnen ermittelt, die ihm in die Hände gefallen sind. Die Ermittlungen sind jedoch noch lange nicht abgeschlossen.

Vorausichtliche Witterung am 14. Februar (Sonntag). Weich etwas trüb, ziemlich trüb, verbreitet hart neblig, leichte Niederschläge, im Norden teilweise in Form von Schnee.

15. Februar (Montag). Durchsichtlich wenig veränderte Temperatur, leichte Niederschläge, im Norden teilweise Schnee, ziemlich trüb, nach Kehlbindung.

Rundfunk

Sonntag den 14. Februar

8.30-9 Uhr: Orgelsonate aus der Leipziger Kaiser-Kathedrale (Prof. Ernst Müller). 9 Uhr: Morgenfeier. 11-12 Uhr: Hans-Bredow-Schule. 11-11.30 Uhr: 30. Vorlesung über Charakterzüge aller Zeiten. „Naturforscher.“ Prof. Dr. Wollner. 11.30-12 Uhr: 7. und 10. Vortrag. 12-12.30 Uhr: „Naturkatastrophen.“ Dr. J. Weber. 12.30-1 Uhr: Sternwarte Leipzig: „Kataklyphen im Weltraum.“ 1-1.30 Uhr: Musikalische Stunde der Mitteldeutschen Sendeleitung. 1.30-4-5 Uhr: Lustige Musik. 5-6 Uhr: Ernst Böhmer. 7-7.30 Uhr: eigene Werke. 7-8 Uhr: Hans-Bredow-Schule. 7.30-8 Uhr: Vortrag (von Jena aus): Prof. Dr. Glau von der Universität Jena. 8. und 10. Vortrag im Jolkssaal. 7.30-8 Regentrommel bis zur drahtlosen Bildübertragung. 8-8.30 Uhr: Vortrag (von Dresden aus): Dr. Karl Grohmann. 8.30-9 Uhr: Stadtmuseum Dresden: „Nürnberg's Kunst.“ 9-9.30 Uhr: Stadtmuseum Dresden: „Nürnberg's Kunst.“ 9.30-10 Uhr: Stadtmuseum Dresden: „Nürnberg's Kunst.“ 10-10.30 Uhr: Stadtmuseum Dresden: „Nürnberg's Kunst.“ 10.30-11 Uhr: Stadtmuseum Dresden: „Nürnberg's Kunst.“ 11-11.30 Uhr: Stadtmuseum Dresden: „Nürnberg's Kunst.“ 11.30-12 Uhr: Stadtmuseum Dresden: „Nürnberg's Kunst.“

Verlag: „Arbeiterstimme“ Druck: „Pausen“ Jützel, Dresden
Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Kerner, Dresden.

Selbmann's Haferkakao

Pfund Grenadierstraße 60 Pf. und Filialen

Verjammlungsstaleuder

Erwerbstoleustation!

Montag vorm. 10 Uhr in „Stadt Brauuühweg“: Wichtige Sitzung.

Zellengruppen!

Bis spätestens Sonnabend Material auf dem Bureau abholen! H. D. Org.-Kittig.

Jung-Spartakus-Bund Groß-Dresden. Montag, 15. Febr., Punkt 7 Uhr. Zusammenkunft sämtlicher Leiter und Helfer. Total: Neue Post! Am See. Sehr wichtige Tagesordnung. Auch Gruppe Schachwitz muß vertreten sein. Elternräte, komm. Lehrer und Interessierte sind eingeladen. Mitgliedsbuch gilt als Ausweis.

APD. Freital. Montag, den 15. Februar, abends 7.30 Uhr: Erster Gruppenabend der APD im Restaurant „Stadt Gehauer“, Bahnhofstraße. Thema: „Jugend und die kommunistischen Jugendverbände“. Parteigenossen, schick eure Kinder in die Veranstaltungen der APD.

APD. H. B. Plena. Die unteren Gruppen sollen sich Sonntag vormittags 7.30 Uhr am Rinner Volkshaus zwecks Beteiligung am Wettbewerb in Gruppe. Näheres mitbringen!

APD. Arbeitgebiet Bergschicht. Gemeindevorstanderversammlung Sonntag den 14. Februar, vormittags 9 Uhr im Gasthof Friedrichswalde.

Bauhen!

Dejentliche Vollerjammlung

am Montag, den 15. Februar, abends 8 Uhr im „Schlöhhaus“. Thema: 1. Volksschuld. 2. Der Kampf um die Vandaagansführung. Referent: Ein kommunistischer Abgeordneter. APD. Bauhen.

APD. H. B. Ebersbach. Sonntag den 14. Febr., vormittags 10 Uhr Gemeindevorstanderversammlung in Ebersbach, Bahnhofrestaurant. Alle Gemeindevorstandmitglieder des H. B. Ebersbach haben zu erscheinen. Referent vom Bezirk.

Lejentliche Volls- und Jugendverjammlungen! Der aus der G. U. ausgeschlossene Auglanddelegierte Jugendgenosse E. Saundlein berichtet: „Die Wahrheit über Augland“

am Sonntag, den 14. Februar, vorm. 9.30 Uhr in Bilschowsberde, „Hotel im goldenen Sonne“.

am Sonntag, den 14. Februar, vorm. 4 Uhr in Groß-Dubrau, Bernhard's Bäckhof.

Amthche Befanntmachungen

— Freital! —

Es liegt Verantwortung vor, auf folgendes hinzuweisen: Zur unmittelbaren Einleitung von Spülabort-, Hauswirtschafts-, Fabrik- und allen sonstigen Abwässern in stehende Gewässer bedarf es nach § 23, Ziffer 1 des Wassergesetzes der wasserpolytechnischen Erlaubnis. Bei der mittelbaren Einleitung durch städtische Sammelstoleien bedarf es nur bei Einleitung von Spülabortabwässern dieser Erlaubnis.

Der Antrag hierzu ist vor der Einleitung der Abwässer beim Wasseramt der Stadt Freital zu stellen. Diefem Antrage sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. Zeichnung über die Klärgrubenanlage,
2. Erläuterungsbericht über die Klärgrubenanlage,
3. Bedienungsanweisung über die Klärgrubenanlage,
4. Geometertageplan,
5. Beschleunigungsplan (mit Klärgrube, Revisionschrot, und Einmündungsstelle),
6. Beschreibung über die Art und Menge der Abwässer und deren Klärung usw. Hierzu können Fragebogen im Rathaus — Wasseramt, Zimmer Nr. 4 — zur Ausfüllung entnommen werden.

Beschleunigungsplan, Geometertageplan und Beschreibung kommen in allen Fällen in Frage.

Die Unterlagen sind je in doppelter Ausfertigung einzureichen.

Die Einleitung von Abwässern in stehende Gewässer ohne wasserpolytechnische Erlaubnis ist auf Grund von § 23, Ziffer 1 des Wassergesetzes verboten und wird in Verbindung mit § 166, Ziffer 1 des Wassergesetzes bestraft.

Im übrigen ist jede Verunreinigung der stehenden Gewässer durch Schmutz, Geruch und allen sonstigen Unrat unstatthaft.

Kat der Stadt Freital als Wasseramt, am 1. Februar 1926.

Deutscher Metallarbeiter - Verband

Verwaltungsstelle Dresden

Montag den 15. Februar, abends 7 Uhr im Volkshaus, Saal 1

Sitzung der großen Ortsverwaltung

Tagesordnung:

1. Vorbereitungen zur Wahl der Betriebsräte und die Erläuterungen der gesetzlichen Bestimmungen hierzu,
2. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch dieser Veranstaltung erwartet Die Ortsverwaltung.

Bereinigter Turn- und Sportverein Postendorf-Bismdorf

Großer Theaterabend

2. Aufführung, Sonntag 14. Februar, im Gasthof Postendorf

Der Jäger aus der Pfalz

Eine lustige Lustspielgeschichte in 3 Aufzügen von Hermann Haraellus

Zuschührende: Orchesterleitung, Turnmänner und Kinder des Vereins unter Leitung des Lehrers Herr: Leitung: Herr: Liedermacher Kurt Dömer: Bühnenleiter: Herr: Orchester: Dresden: Orchester: Dresden: Nach dem Theater: Kaff. Musik von der gesamten Kapelle Programm u. Eintritt 1.00 M. Orchesterprobe 0.60 M. (Rolle legitimiert) Einlauf 1/4 Uhr. Zusammenkunft 8.30 Uhr. Einlauf 1/2 Uhr. Um zahlreiches Besuch bitten die Leitung.

Schuhmacherel

MAX WEHNER

Bautzen, Seidenstraße 5
Prämierte Seidenarbeit

Konrad Domsche

Bautzen, Krossenstraße 1
Vorbereitung Zigaretten
— Spezial-
Marken in Zigaretten
und Tabako
Wunder-Vork. Sonder-Pr.

Hogb. Baranen Nr. 50 Pf.

Flisch-, Bettwäsche, Juchsen,
Kleider, Wäsche, Wollwäcker
u. Wolldecken alles billig

J. Erler, Bautzen,
Aachere Lenzstraße 10,
Ecke Grunprinzenbrücke

Sonder- Angebot

Selbige Vorrat reicht!

Tischdecken 1.99/30

Kochellen 3.50

Stoppdecken. Satin

in Trikott. 13.00

Rel.-Unterbetten 13.75

Blusen-Reste mit

Seidenstreif. 3.50

Unterrock-Barch.

gestreift, extra

stark 1.75

Hemdenbarchent

0.62

Hemdtauch 0.63

Handtuchstoffe

Giersternkorn 0.65

Handtuchstoffe

rein Leinen 0.85

Schlafdecken

2.50 1.75

Jackenbarchent

Reste 1.80

Makohemd. 2.50

Männerhemden

Körperbarchent,

bunigestreift 3.75

Mittelw. Sportjacken

nach für Konfir-

mand. 7.50—4.50

SEIDEL

Modewarenhaus

seit 1861—

Freital - Deuben

am Sächs. Wolf

Achtung! Ebersbach!

Gasthof „Stadt Leipzig“

leden Sonntag:

Großer Ball

Eintritt 60 Pf. mit Tanz frei

Bautzen! Bautzen!

Lindenhofball

Anfang 6 Uhr Anfang 6 Uhr

Schlützenhaus Bautzen

Sonntag ab 6 Uhr nachm.

öffentl. Ballmusik

Karl Döitz

WO?

kaufen Sie billige Herren- und Damenstoffe

Tuchgeschäft:

J. GRÜNBAUM

Bautzen, Mollkestr. 18, Tel. 326

Welt-Panorama

Bautzen

geographische am Landstrasse

Vom 14 bis 21 Februar 1926

Eine Wanderung im

maltrischen Riesengebirge,

von Hirschberg bis zur Schneekoppe.

Herrl. Sommer- und Winter-

neuaufnahmen.

Bettmässen

sofort. Abhilfe. Aus-

kunft umsonst. Alter

u. Geschlecht angeb

Institut Zwerenz

München 55

Wurthener Straße Nr. 18

Günstige Spargelegenheit

bei zeitgemäßer Verzinsung bieten wir

durch spesenfreie Führung von Sparkonten!

Wir gewähren:

6 Prozent bei täglicher Verlegung und 8 Prozent bei monatlicher Kündigung

Für grössere Einlagen und längere Kündigungsfristen - Sondervereinbarungen

Freitaler Kredit-Bank A.-G. und Girozentrale Sachsen - Zweiganstalt Freital!

Untere Dresdner Straße 50 und Obere Dresdner Straße 13

Birna Birna

Schlößenhaus

Feldschlößchen

Jeden Sonntag ab 4 Uhr

vornehmer Ball

Großstadt-Betrieb

La Kapelle

Damen

ausgezeichnete Spinnapparate,

Spülkannen, Leibbin-

den, Schilfische sowie

ausl. hyg. Franserartikel

R. Freisleben

Postplatz 2

Man achte auf Firma!

Achtung! Radeberg!

Zuchhofs

Restaurant u. Café

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

empfeilt seine Lokalitäten

Die Ortspolizei

Wolfa, Wolfa, das ist ein Mann. Wolfa, das ist ein Mann...

Der Esoteriker, der er versucht, während der Sommer...

Wolfa kann das Gefühl nicht ertragen. Was die Fliegen sehr...

Wolfa, Wolfa, das ist ein Mann. Wolfa, das ist ein Mann...

Die schwankende Braut

Ein Sonntag früh kam in eine lehrerliche Stille...

Tanzel erliefen die SPD-Parteimitglieder, sie hätten sich ihnen...

Wolfa, Wolfa, das ist ein Mann. Wolfa, das ist ein Mann...

Der preussische Polizeihund

Der preussische Polizeihund ist ein Hund, der in Preußen...

Wolfa, Wolfa, das ist ein Mann. Wolfa, das ist ein Mann...

Der preussische Polizeihund

Der preussische Polizeihund ist ein Hund, der in Preußen...

Wolfa, Wolfa, das ist ein Mann. Wolfa, das ist ein Mann...

Der preussische Polizeihund

Der preussische Polizeihund ist ein Hund, der in Preußen...

Theater am Wasanplatz
 Allabendlich 8 Uhr:
Mein Vetter Eduard
 Eine ganz verrückte Geschichte in drei Akten von Friedmann-Friedrich und Robert.

Tymians Täglich
Thalia- Theater
 Das einzige wirkliche Volkstheater Dresdens
 Vorkaufskarten außer Sonntags gültig

Wo ist Schmidt Paul?
 genaunt der Steife
 Im Völsengarten, Völsengasse 25
 Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr
 Frühstücken-Konzert

ZOO
 Neu! Neu!
 Ohren- und Frau-
 fasanen
 Yukons
 Gryx-Antilopen
 Känguruh m. Jungem
 im Beutel
 Sonntag 5-9 Uhr
Großes Konzert
 Dir. Ellbogen
 Von 1/2 Uhr ab im Saal
 halbe Preise

Deutsche Reichskrone
 Blücherweg, Ecke Königbrücker Straße
 Jeden Sonntag und Montag
MODERNER BALL
 Tourneeband Kapelle Neuzeit
 Küche und Keller bieten das Beste

Feen-Palast Dr.-Leuben
 Jeden Sonntag **Gr. Ballschau** Eintritt 20 Pfg. 8 Uhr & 10 Uhr
 Straßentheater, 4. 12. 19. (Leuben) gebauert ein Alfred Buschbeck u. Frau

Dein Spargroschen

Sparkasse
 des Konsumvereins!
 Dort arbeitet er in deinem Interesse!
 Die Spargroschen werden verzinst
 8% 10% 12%
 Einzahlung in allen Verteilungsteilen
Konsumverein Vorwärts

„Bürgerkasino“
 Große Brüdergasse 25
 Täglich Anfang 8 1/2 Uhr
Konzert- und Varieté-Vorstellung
 Beste Biere und Küche
 Volksmäßige Preise
 Versammlungs-Lokal verschiedener Vereine

Kabarett Biedermeier
 Schösergasse 8 (Nähe Altmarkt)
 Täglich 8 1/2 Uhr abends:
Das große Februar-Programm

Sporthaus Kändler
 Dresden-A.1, Freiburger Str.
 Telefon 14881 / 14882 / 14883
 Spezial-Geschäft für sämtliche Sportartikel.
 Alle Reparaturen schnell u. fachmännlich.
 Fußball / Boxen / Leichtathletik
 Tennis / Sportfiguren

Sämtliche Kolonialwaren, hausschlachtene Wurst, Konserven und Kaffee
 empfiehlt zu billigsten Preisen
Frau Anna Weinert
 Dr.-Löbtau, Kesselsdorfer Str. 39
Jeden Dienstag Schlachtlied!

Lehmanns Restaurant
Zschachwitz
 Inhaber M. MITTASCH
 empfiehlt seine Lokalfitäten und Vereinszimmer
 einer geneigten Beachtung

Josephinen-Drogerie
 Dresden-A., Josephinenstr. 14
 Telefon 3077
 Beste und billigste Bezugsquelle für Arbeiter-samariter u. Betriebs-samariter
 Beginn Vorzahlung des Inverales 10% Vorzugsrabatt

Bettfedern
 gewaschene staubfreie Ware, Inlett und Bettzeug im Preis staunend billig

Rester-Central
 Pirna - Lange Straße 39

Goldner Hirsch
 Doña
 Jeden Sonntag
 große öffentliche Ballmusik

Erbsenricht Comité
 Jeden Sonntag
 vornehmer Ball
 Bekanntes erstklassiges Musikorchester
 Hochachtungsvoll Max Ziele u. Partner

Drogen, Chemikalien, Farben, Lacke, Firnisse, Pinsel, Nährmittel, Toiletteartikel, Verbandsstoffe, Gummiwaren, Fensterglas, Ornamentglas, Kitt, Benzin, Maschinenöle, Karbid
Otto Wiesner
 Freital-Deuben (Sächs. Wald)

SO URTEILT

NEW YORK
New York Times
 „Goldrausch“ ist die allervorragendste Perle aller Bilder, die Chaplin jemals gemacht hat... In „Goldrausch“ liegt mehr tiefer Sinn und mehr Originalität als selbst in solchen Meisterwerken wie „The Kid“.
The World
 Sie dürfen nicht verpassen, sich den Film „Goldrausch“ anzusehen... Die ganze Welt wird darin eine fröhliche Unterhaltung finden. Viele werden „Goldrausch“ als das beste Bild bezeichnen, das Chaplin je gemacht hat.
Daily News
 „Goldrausch“ packt die Zuschauer, beeinflusst ihre Seele in starkem Maße und läßt sie in jener Stimmung, in der sie nicht lachen können, ohne daß eine Träne oder ein Schluchzen sich in das Lachen hineinschleicht... Es ist die komischste und reizvollste aller Komödien Chaplins... Sie müssen dieses Bild sehen. Lassen Sie alle Arbeit ruhen und machen Sie es sich zu Ihrer fröhlichsten Pflicht, sich den „Goldrausch“ anzusehen.

LONDON
Daily News
 „Goldrausch“ ist der beste Film, den Charlie Chaplin je gemacht hat. Ausverkaufte Häuser beweisen, daß die Volksmassen Londons Charlie Chaplin in ihr Herz geschlossen haben... Ein schöneres und genialeres Bild haben wir nie gesehen...
Daily Telegraph
 Es ist eine Frage, ob irgendein Film, der je in London gezeigt worden ist, mit dem das Publikum in jeder Verteilung den Film „Goldrausch“ im „Tivoli“ begrüßt... „Goldrausch“ ist eine beinahe ununterbrochene Folge genialer Episoden...
The Times
 Vollbesetzte Häuser applaudieren täglich beim „Goldrausch“ im Tivoli-Theater, und dieses Volksurteil können wir voll und ganz bestätigen... „Goldrausch“ ist ein ausgezeichnetes Beispiel jener Chaplinschen Methode, die immer eine Klasse für sich ist.

PARIS
Le Peuple
 Charlie Chaplin im Film „Goldrausch“ ist mit seinem pöflichen Lächeln und seiner wunderbaren Kunst ein größerer Künstler als alle die Komiker und sogenannten Schauspieler, die wir je gesehen haben... „Goldrausch“ ist so fein gearbeitet wie eine literarische Kreidezeichnung eines guten Künstlers...
Figaro
 Man könnte Zeitungen mit Lobesworten füllen über Charlie Chaplin im Film „Goldrausch“ und man hätte immer noch nicht genug gesagt... Was Charlie Chaplin in seinem Leben durchgemacht hat, hat er in fein symbolischer Weise zwischen Lachen und Weinen im „Goldrausch“ niedergeschrieben.
Exciteur
 Solche Lachsalven, wie man sie jetzt in der Sollemarivoux alljährlich und allnächtlich hören kann - denn dort wird Charlie Chaplins „Goldrausch“ gespielt - hat man noch nie in Paris gehört.

UBER

CHARLIE CHAPLIN

IN

„GOLDRAUSCH“

AB MONTAG 15. FEBRUAR IM

CAPITOL

PRAGER STRASSE 31